

v@rum

Verlagspostamt 6900 Bregenz
Erscheinungsort Bregenz, P.b.b
Nr. 02Z031538

Forum für Gemeindeentwicklung in Vorarlberg Nr. 2/2004
8. Jahrgang

Gemeinde-Zusammenarbeit Konzentration der Kräfte



Die derzeitigen Förderaktionen des Landes – Perspektive auf Ausweitung

Erleichterungen im Zusammenspiel der Gemeinden

Das Finanzausgleichsgesetz 2001 enthält keine Bestimmungen über die Berücksichtigung oder gar die Förderung von gemeindeübergreifenden Kooperationen.

Es gab im Jahre 2001 zwar einen Versuch eine Bestimmung in das Finanzausgleichsgesetz 2001 aufzunehmen, wonach mehrere Gemeinden eine Vereinbarung über die Aufteilung der Kommunalsteuer treffen können. Eine solche Vereinbarung hätte sich auf das gesamte Aufkommen oder auf die Aufkommen bestimmter Betriebsstätten beziehen können. Dieser Entwurf ist wegen des Widerstandes des Österreichischen Städtebundes nie Gesetz geworden.

Da die privatrechtliche Vertragsfreiheit auch für die Gemeinden gilt, können Gemeinden in Form von privatrechtlichen Verträgen verschiedene gemeindeübergreifende Kooperationen vereinbaren. Dies gab es in der Vergangenheit insbesondere bei der Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und verkehrsmäßigen Erschließung von Gewerbe-, Industrie- und Schigebieten.

Fünf Förderaktionen

Die Landesregierung hat sich aufgrund eines Landtagsbeschlusses der Förderung der Zusammenarbeit von Gemeinden angenommen. Derzeit gibt es hierzu fünf Förderaktionen, wobei eine Ausweitung noch möglich ist.

- Neue Gemeindegemeinschaften für die Erledigung von Verwaltungsangelegenheiten (insbesondere Buchhaltung, Abgabewesen, Lohnverrechnung, Bauverwaltung, EDV bzw. E-Government) werden durch 5 Jahre mit degressiven Fördersatz (60, 50, 40, 30 und 20 Prozent) gefördert. Die Förderung ist nicht an eine bestimmte Rechtsform der Verwaltungsgemeinschaft gebunden, allerdings müssen der Verwaltungsgemeinschaft mindestens drei Gemeinden angehören. Die Verwaltungsgemeinschaft soll auf Dauer ausgerichtet sein. Förderungen sind für alle Gemeinden möglich.

- Auch für „Entwicklungskosten“, also das Erarbeiten und Festlegen von Rahmenbedingungen für die Neugründung von Verwaltungsgemeinschaften bzw. von Gemeindekooperationen können Gemeinden Landesförderungen erhalten. Beispiele sind Kosten für Konzepterstellung, Prozessbegleitung, Beratung (Fachexperten) und Moderationen.
- Bei gemeinsamer Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen durch mindestens drei Gemeinden erhalten Gemeinden bis 5.000 EinwohnerInnen zur richtliniengemäßen Strukturförderung einen Sonderförderungszuschlag von 5 Prozent-Punkten. Diesen Sonderfinanzierungszuschlag erhalten Gemeinden bis 5.000 EinwohnerInnen auch dann, wenn ihnen auf Grund ihrer Finanzkraft richtliniengemäß keine Strukturförderung zustehen würde.
- Bei gemeinsamen Finanzierungen von Investitionsprojekten durch mehrere Gemeinden wird die Gesamtförderung auf Grund der möglichen Förderung für jede mitfinanzierende Gemeinde auf Basis der jeweiligen Gemeinde zustehenden richtliniengemäßen Fördersätze ermittelt. Dadurch ergibt sich in der Regel eine deutlich höhere Förderung als sie sich nach dem Fördersatz ergeben würde, der der zumeist finanzkräftigeren Standortgemeinde zusteht.

Dr. Egon Mohr, Abteilung Finanzangelegenheiten, Amt der Vorarlberger Landesregierung



Foto aus der Broschüre „Gemeindeentwicklung in Vorarlberg“

Gemeinden können in Form von privatrechtlichen Verträgen gemeindeübergreifende Kooperationen vereinbaren.



Foto: B. Bursmus/Franz Oberhauser

REGIONALE ZUSAMMENARBEIT



Jürgen Weiss

Gemeinschaftliche Aufgabenerfüllung unter Wahrung der Gemeindeautonomie

Grenzen überwinden

Unsere Leben ist heute nicht nur von europa- und weltweiten Verflechtungen bestimmt. Auch im Kleinen – in den Gemeinden und Regionen – werden wechselseitige Abhängigkeiten immer stärker wirksam und führen zu der Frage, ob die gewohnten historischen Gebietsgrenzen noch zeitgemäß sind.

Abgesehen davon führen die heute erwarteten Leistungsangebote der öffentlichen Hand zu einem starken Druck auf die staatlichen Fixkosten und zur Überlegung, ob die Bereitstellung von Ressourcen betriebswirtschaftlich optimal organisiert ist. Eine mögliche Antwort auf diese Herausforderung ist die Beseitigung solcher Grenzen durch Schaffung größerer Einheiten. Solche Überlegungen haben in verschiedenen Ländern zu Gemeindegemeinschaften geführt. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass die erhofften finanziellen Vorteile häufig ausbleiben und zudem erhebliche politische Kosten (z.B. durch Rückgang ehrenamtlichen Engagements) anfallen. Das gilt vor allem dort, wo die Initiative zur Bildung von Großgemeinden nicht von unten gewachsen war. Insoweit ist die in Vorarlberg gepflogene und durch das Subsidiaritätsprinzip der Landesverfassung gebotene Zurückhaltung nachträglich bestätigt.

Ein zweite Lösungsvariante ist, die Grenzen durchlässiger und niedriger zu machen. Das trägt auch dem Gesichtspunkt Rechnung, dass Zuständigkeit heute nicht mehr ausschließlich territorial, sondern immer stärker funktional zu sehen ist. Die Einzugsgebiete staatlicher Aufgabenerfüllung haben je nach Sachgebiet ganz unterschiedliche optimale Größen. Mit Kooperation und Koordination, beispielsweise in Regionalplanungsgemeinschaften, hat es begonnen und in einem zweiten Entwicklungsschritt kam gemeinschaftliche Aufgabenerfüllung dazu, wie sie etwa für Verkehrsverbände, Abwasserbeseitigungsanlagen und andere Gemeindeverbände typisch ist. In einem neuen Entwicklungsschritt entwickelt sich nun arbeitsteilige Aufgabenerfüllung – nicht mehr jede Gemeinde macht alles selbst, sondern sie verständigt sich mit anderen auf unterschiedliche fachliche Schwerpunkte. Die elektronische Vernetzung der Gemeinden und das E-Government kommen solchen Überlegungen sehr entgegen und stellen sicher, dass die Bürgerschaft auch beim kleinsten Gemeindeamt den gesamten Servicebereich der Verwaltung nutzen kann.

Ein auch vom Rechnungshof ausdrücklich gewürdigtes Beispiel ist die gemeinsame Bauverwaltung der Gemeinden des Großen Walsertals, mit der gleich mehrere vorteilhafte Effekte erzielt werden: Einerseits bleibt die Entscheidung in der Verantwortung

der einzelnen Gemeinde, andererseits kommt es zu einer Entlastung des Bürgermeisters bei der Entscheidungsvorbereitung und durch die Spezialisierung zu einer höheren Qualität der Verwaltungsarbeit. Vergleichbare Formen arbeitsteiliger Zusammenarbeit oder von Gemeindeverbänden sind auch für die Buchhaltung und Lohnverrechnung, die Abgabenverwaltung, die Informatik, Bauhöfe, Tourismusbüros und Büchereien denkbar.

Neben begleitender Unterstützung durch die Bezirkshauptmannschaften und die Fachabteilungen des Amtes der Landesregierung benötigen solche Vorhaben für kleinere Gemeinden vielfach auch einer Anschubfinanzierung. Daher hat der Vorarlberger Landtag mit Beschluss vom 8. Mai 2002 die Grundlage dafür geschaffen, den Gemeindeverband bei der Entwicklung von Pilotprojekten kommunaler Zusammenarbeit zu unterstützen und gegebenenfalls eine finanzielle Starthilfe zu leisten. Dafür wurden in der Zwischenzeit Förderkriterien ausgearbeitet, sodass es nun an der Initiative interessierter Gemeinden liegt, fachliche und finanzielle Unterstützung auch tatsächlich in Anspruch zu nehmen.

Bundesrat Jürgen Weiss, Fachbereich Koordination Land-Gemeinden in der Abteilung Regierungsdienste des Amtes der Vorarlberger Landesregierung

Zu einer modernen Gemeindepolitik gehört der Blick über den Gemeindezaun. Viele Probleme entstehen regional, werden aber oftmals lokal zu beantworten versucht. Wo Konkurrenzdenken vorherrscht werden genau diese regional vorteilhaften Lösungen nicht zustande kommen. Immer mehr politisch Verantwortliche sehen in einer sinnvollen Kooperation zwischen Gemeinden einer Region einen entscheidenden Faktor für eine zukünftig stabile Entwicklung. Ein paar Beispiele zur Anregung:

Foto: A. Felder



Sozialzentrum Bezau

Das Sozial- und Pflegeheim in Bezau basiert auf einer Partnerschaft der Gemeinden Bezau, Reuthe und Mellau. Es wird gemeinsam verwaltet und wurde auch im Verbund gebaut. Nach einem Schlüssel, der sich nach dem Bevölkerungsanteil dieser drei Bregenzerwälder Gemeinden richtet, werden die Kosten aufgeteilt. 32 HeimbewohnerInnen bietet das Sozialzentrum ein Zuhause im Alter und bei Pflegebedarf.

Foto: Harald Hronek



Stärkung der Selbstvermarkter durch regionale Naturprodukte-Märkte.

Gleichartiges gemeinsam erledigen

Kinderbetreuung Vorderland

Bereits seit 20 Jahren kooperieren acht Gemeinden des Vorderland erfolgreich die sozialen Aufgaben. Jüngstes Kind – im wahrsten Sinne des Wortes – ist eine flexible Kinder- und Schülerbetreuung für Kinder von einhalb bis zehn Jahren. Nähere Informationen unter <http://www.lebensraum-vorderland.at/> (ab 22.5.04), oder unter Sozialzentrum Vorderland, Rautenastraße 44, 6832 Rothis, T 05522/41661



Foto: Christine Brandt

Photovoltaikanlage Blons-Hügga

Auch im wirtschaftlichen Bereich wird gemeindeübergreifend zusammen gearbeitet. Die Photovoltaikanlage Blons-Hügga, derzeit Europas größte Gemeinschaftsanlage, ist ein sinnvoller Beitrag zur umweltfreundlichen und nachhaltigen Regionalentwicklung.

Foto: Harald Hronek



Bio-Sennerei Marul

Regionale Vermarktung von Landwirtschaftsprodukten: Mit dem „Walsertol“ hat die Sennerei-Gemeinschaft Großwalsertal eine neue Bergkäse-Marke geschaffen, ein Produkt des Biosphärenparks.



Foto: Harald Hronek

Klostertal-Gemeinden:

Vereint für eine erlebbare Identität

Ein klares Bild einer erlebbaren Identität wird derzeit im Klostertal unter Mitwirkung vieler aktiver Menschen geschaffen. Grundlage dafür bietet das Entwicklungskonzept Klostertal, das die Erhaltung bzw. Verbesserung der Lebensqualität zum Ziel hat. Dabei wird die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und den angrenzenden Regionen groß geschrieben. Die Klostertalgemeinden sind an den Talenden mit der Stadt Bludenz und der Tourismusregion Arlberg engstens verflochten und es wird darauf geachtet, bei diesem Veränderungsprozess diese Grenzen bewusst wahrzunehmen.

Grundlage für den Entwicklungsprozess war die Bewusstseinsbildung für den Zusammenhang von Lebensqualität, Nähe und soziale Strukturen („Lebenswert leben“). Dadurch wurde ein Klima für die Erarbeitung eines talweiten Leitbildes mit intensiver BürgerInnenbeteiligung geschaffen. Angeregt durch eine Jugendstudie wurde mit der gezielten Einbindung von Jugendlichen begonnen, wobei die Hauptschule mit zahlreichen Projekten mitarbeitet.

Als erster konkreter Schritt für eine nachhaltige strukturelle Veränderung wird derzeit an einem Regionalmanagement gearbeitet, das den begonnenen Prozess in Gang halten und Maßnahmen zur Stärkung der regionalen Identität und Wertschöpfung koordinieren soll. Eine Wirkungsanalyse der geplanten Maßnahmen (Unternehmen.V) soll zu einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess führen.

Mag. Bertram Meusburger, Büro für Zukunftsfragen

Blumenegg-Gemeinden erfolgreich vereint

Gesellschaft für Freizeit und Infrastruktur

Durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit konnte sich die Region Blumenegg in den letzten Jahren zunehmend ins Schaufenster rücken. Der „Gewerkepark Blumenegg“, der öffentliche Personennahverkehr im „Der Blumenegger“, die „Blumenegger Neujahrsempfänge“, die „Blumenegger Jungbürgerfeiern“ oder die „Blumenegger Kulturpunkte“ geben lebendiges Zeugnis, dass hier über die Kirchtürme hinaus zusammengearbeitet wird.

Vor knapp einem Jahr wurde von den Gemeinden Bludesch, Ludesch und Sonntag die Regionale Freizeit- und Infrastrukturgesellschaft (RFI) gegründet. Deren Ziel ist es, die Ressourcen der Naherholungsgebiete im Walgau und Großen Walsertal besser zu nutzen und damit der Kaufkraftabwanderung in städtische Einkaufszentren entgegen zu steuern. Mittlerweile ist auch Nenzing RFI-Gesellschafter. Gemeinsames Marketing, die Organisation von Bauernmärkten für Selbstvermarkter aus der Region,

die Integrierung eines Naturprodukteladens im Bludescher RFI-Büro, die Koordination regionaler Freizeiteinrichtungen (Schwimmbad, Tennishalle, Skilifte, Eislaufplatz, Kulturveranstalter) über einen „Freizeitpass“ mit Ermäßigungen für Singles und Familientarifen, sowie die Einführung eines Einkaufsgutscheines, der bei RFI-Partnerbetrieben eingelöst werden kann, waren die ersten Schritte. „In den ersten sechs Wochen seit der Einführung des Gutscheines blieben so 30.000 Euro in der Region“, ist für die RFI-Bürgermeister Florian Kasseroler, Erich Walter, Paul Ammann und Franz Ferdinand Türtscher die Gesellschaft zur Stärkung der regionalen Nahversorgung wichtig. Die Fakten der RFI sprechen für sich. Wen wundert's, dass in den Gemeinden Fontanella, Blons, Schlins, Düns, Röns, Dünserberg und Schnifis ein Beitritt zur RFI ebenfalls schon ein Thema ist.

Harald Hronek

Foto: Harald Hronek



Elf Vorderland-Gemeinden:

Handeln über den Gemeindezaun

Eine wichtige Grundlage zur gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit im Bereich der Verwaltung hat die Region Vorderland geschaffen. Dem Ziel, die Aufgaben der 11 Vorderland-Gemeinden zu bündeln, liegt ein umfangreiches Konzept zu Grunde, das die Fragen der verschiedenen Kooperationsmöglichkeiten regelt.

In vielen Bereichen findet in diesen Gemeinden bereits eine intensive Zusammenarbeit statt. Es gibt Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände, Abwasser- und Wasserverbände, Sozialsprengel, einen Hauptausschuss der Regio-Vorderland-BürgermeisterInnen sowie ein Gremium der Gemeindegemeinschaften. Laut dem Konzept dürften bald weitere Bereiche und Leistungen folgen, die im Rahmen von Kooperationen oder Verwaltungsgemeinschaften erbracht werden. Die Regionalplanungsgemeinschaft, der alle 11 Gemeinden unter dem Vorsitz des Rankweiler Bürgermeisters Hans Kohler angehören, fungiert dabei als Triebfeder. In folgenden weiteren Bereichen können sich die Vorderland-Gemeinden vorstellen Gleichartiges gemeinsam zu erledigen und dennoch ihre Gemeindeautonomie in jeglicher Hinsicht zu wahren:

- geographisches Informationssystem
- Lohnverrechnung und Buchhaltung
- Steuern und Abgaben
- Bauhof
- Baurecht
- Bürgerservice Antragswesen und Frontoffice
- Wissenstransfersicherung
- Sicherheitswache
- Fundwesen
- Zusätzliche Kindergärtnerin als „Springerin“
- Wartung und Instandhaltung der Trinkwasserversorgung
- Internetplattform
- EDV-Betreuung



Dr. Johannes Müller Das Rheintal – der am stärksten verdichtete Teil Vorarlbergs.

Foto: Christine Branz

Raumplanung über den Rhein – ein Versuch Jeder jasst nach seinen Regeln

Raumplanung im Rheintal, das ist ähnlich wie das Jassen: Jeder tut es, aber überall sind die Regeln ein wenig anders, und deshalb weiß keiner so ganz genau, was der jeweils andere wirklich will.

In Vorarlberg und Graubünden, in Liechtenstein und St. Gallen wird geplant. Die vorhandenen Planungen enden akkurat nicht nur am Rhein, sondern oft auch an der Grenze von Regionen, ja von Gemeinden.

Das soll anders werden, und deshalb gibt es die „INTERREG IIIA Gemeinschaftsinitiative Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“. Was so kompliziert daher kommt, will vor allem eines: Den vermehrten Austausch von Wissen über die gegenseitigen Vorhaben mit dem Ziel sinnvoller Zusammenarbeit.

Nicht von ungefähr fällt Dipl.-Ing. Sybilla Zech von stadthaus Hohenems/Wien, das Beispiel vom Jassen ein: Es ist auch dem erfahrenen Vorarlberger Jasser nur schwer möglich, auf Anhieb die Karten zu verstehen, mit denen auf der anderen Seite des Rhein gespielt wird. „Umfragen unter der Bevölkerung zeigen ein sehr begrenztes Wissen über die Nachbarn im nahen Ausland; das gilt auch für das Freizeitangebot.“

Freizeit und Erholung sind deshalb auch das erste konkrete Projekt, das in Angriff genommen wird. Vorhandenes gemeinsam nutzen, den Bedarf nicht zwei- oder dreimal neu bauen, sondern miteinander planen kann ein Ergebnis sein. Aber auch die Erhaltung von Erholungsflächen ist ein Anliegen. Di Zech: „Wer im Raum Matschels oder auf dem Rheindamm radelt, staunt über den Andrang. Gleichwertige Gebiete auf Schweizer Seite sind hingegen weder bekannt noch benutzt.“ Bestandserhebung, Formulierung von Zielen und Strategien und schließlich die Umsetzung grenzüberschreitender Projekte sind deshalb vorgesehen.

Alfons J. Kopf



Foto: A. J. Kopf

Erholungsgebiet an der Staatsgrenze: Den Alten Rhein nutzen VorarlbergerInnen und SchweizerInnen.

„Wissen die Golfplatzbetreiber von Rankweil, dass es über der Grenze in der Schweiz ähnliche Pläne gibt?“
Dipl.-Ing. Sybilla Zech

Foto: A. J. Kopf



Der Rhein soll nicht mehr nur trennende Grenze mitten im Rheintal sein.



Dr. Helmut Bechter

Projekt Rheintal

Wie entsteht das räumliche Entwicklungsleitbild für das Vorarlberger Rheintal?

Das Projekt sollte Raum für einen intensiven Entwicklungs- und Austauschprozess schaffen, aber auch zu verbindlichen Leitlinien führen, die für Betroffene und EntscheidungsträgerInnen Spielräume und Grenzen des raumwirksamen Handelns aufzeigen. Deshalb wurde eine Projektstruktur geschaffen, die sowohl die kreativen Freiräume fördert als auch zu verbindlichen Ergebnissen führt.

- Die Projektleitung koordiniert
 - das raumplanerische Know-how, das für das Entwicklungsleitbild erforderlich ist,
 - die Methodiken, die im Ablauf eingesetzt werden sollen sowie
 - die Fachbeiräte und Arbeitsgruppen, die an den einzelnen Inhalten arbeiten.

In den Fachbeiräten und Arbeitsgruppen werden zu den einzelnen Themen grundsätzliche Zielvorstellungen erarbeitet. Eine Steuerungsgruppe, paritätisch von Gemeinden und Land besetzt, entscheidet über den Projektverlauf. Die Rheintal-Konferenz, der die Mitglieder der Landesregierung, alle BürgermeisterInnen der Rheintalgemeinden sowie die Fraktionsvorsitzenden des Landtags angehören sollen, berät die Ergebnisse, das Rheintal-Forum bildet die Plattform für die Artikulation wichtiger Interessengruppen und dient der Bewusstseinsbildung weiter Kreise. Der Raumplanungsbeirat als vorhandenes Gremium wird in bestehender Form in das Projekt integriert.

Zur Vorgangsweise:

Ein zweijähriger Entwicklungsprozess soll zum räumlichen Entwicklungsleitbild führen. Dabei sind Aktivitäten erforderlich, die die Auseinandersetzung, die Bewusstseinsbildung und die Identifikation mit Grundsätzen und Leitlinien fördern.

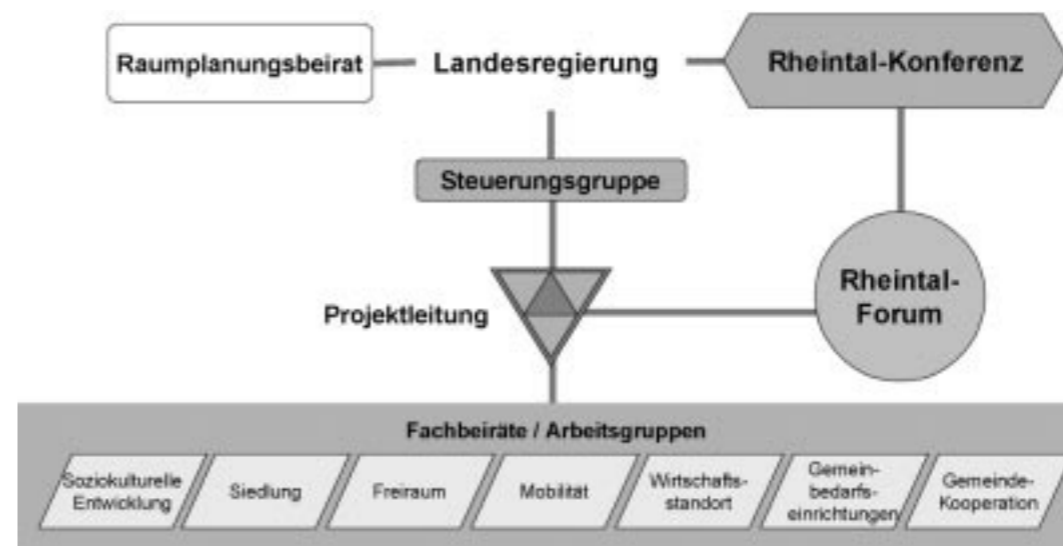
Was soll in diesem Prozess geklärt werden?

- Die strategische Positionierung des Rheintals im Wettbewerb der Standort-Regionen
- Modelle für regionale Zusammenarbeit
- Das gemeinsame Verständnis der Chancen, Probleme und Zusammenhänge im Rheintal
- Erwünschte städtebauliche Strukturen, Dichte- und Höhenentwicklungen für Wohnen und Wirtschaft
- Bevorzugte Freiraumbereiche, Vorrangzonen für Landwirtschaft, Naturschutz, Freizeit und Erholung
- Die Funktionalität der Orte und deren Standortvorteile.

Wie weit ist das Projekt gediehen?

Noch vor dem Sommer 2004 werden die Projektstrukturen eingerichtet. Dann geht es los!

Dr. Helmut Bechter, Projektentwickler



Projektaufbau: Räumliches Entwicklungsleitbild für das Vorarlberger Rheintal

Verdichtung von Stadt und Land am Rhein

Das Vorarlberger Rheintal hat in den letzten Jahrzehnten eine intensive, insgesamt positive Entwicklung erlebt. Dazu hat auch die Raumplanung beigetragen. Die Flächenwidmung der Gemeinden – sie hat im österreichischen und im internationalen Vergleich eher spät eingesetzt – wurde ein wirksames Steuerungsinstrument. Das Land konnte mit dem Grundsatz der problemorientierten Planung wichtige Vorgaben für diese Entwicklung machen.

Es zeigt sich zunehmend, dass der problemorientierte Ansatz der Landesplanung an Grenzen stößt. Veränderte Rahmenbedingungen wie die Verflechtung mit anderen Regionen, der zunehmende Vernetzungsbedarf auf der Ebene der Gemeinden sowie das vermehrte Auftreten räumlicher Konfliktsituationen verlangen neue Wege.

Daher wurde unter dem Titel „Vision Rheintal“ ein Prozess eingeleitet, um eine Gesamtschau für den am stärksten verdichteten Teil unseres Landes zu entwickeln.

Bleiben wir kurz beim Wort „Vision“: Damit meint man zunächst eine bildhafte Vorstellung. Nicht gemeint mit Vision ist jedenfalls ein fertiger Landesentwicklungsplan oder auch nur eine fertige raumplanerische Gebrauchsanleitung. Eine Gefahr von Visionen wären Trugbilder und unrealistische Schwärmerei. Diese Gefahr ist aber für die „Vision Rheintal“ nicht wirklich vorhanden, weil die vielfältigen Realitäten und planerischen Vorentscheidungen und die Vielzahl der raumgestaltenden Akteure und Interessen zu Ausgleich, Realismus und planerischer Demut zwingen. „Vision Rheintal“ bedeutet der Versuch, die unterschiedlichen raumwirksamen Entwick-

lungen und Planungsansätze in diesem Raum in ihrer Gesamtheit zu erfassen und zu bewerten, Chancen und Risiken zu erkennen und in einem breiten Diskurs ein Entwicklungsleitbild anzustreben.

Im Prozess ist besonders spannend, dass das Rheintal ein Verdichtungsraum mit ländlichen und städtischen Elementen ist und bisher ganz wesentlich durch die Autonomie und Eigenverantwortlichkeit der Gemeinden bestimmt wird. In der bisherigen Diskussion um das Vorhaben „Vision Rheintal“ gab es mehrfach Stimmen, die diese Autonomie in Zweifel zogen. Auch wenn für eine gute Gesamtentwicklung vermehrte planerische Vorgaben des Landes und verstärkte Gemeindeförderung notwendig werden sollten, ändert das nichts am Respekt vor der Gemeindeautonomie. Sie ist eine wichtige Stärke der Region, auf der wir aufbauen müssen und können. Daher sollen das Land und die Gemeinden im Rheintal den Prozess „Vision Rheintal“ gemeinsam tragen und daher ist auch die Stärkung der Gemeindeförderung, die auf der Gemeindeautonomie aufbaut, ein wichtiges Ziel dieses Prozesses.

Das Projekt soll etwa zwei Jahre dauern und von einem professionellen Projektmanager begleitet werden. Im so genannten „Rheintal-Forum“ sollen nicht nur die Interessenvertretungen und Verbände, sondern auch alle interessierten Mitbürgerinnen und Mitbürger Gelegenheit haben, ihre Standpunkte einzubringen.

Landesamtsdirektor Dr. Johannes Müller, Amt der Vorarlberger Landesregierung

